



Antrag zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II

Maßnahmenummer (Bitte nicht ausfüllen)	Eingangsdatum (Bitte nicht ausfüllen)
Kurzbezeichnung der Arbeitsgelegenheiten (max. 45 Zeichen)	
<input type="checkbox"/> Neuantrag <input type="checkbox"/> Antrag auf Verlängerung von _____	

1. Angaben zum Träger

Bezeichnung Träger:	
Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)	
Bankverbindung: Name der Bank	
IBAN	BIC
Kontaktperson: Name, Vorname	
Funktion	
Telefon	Fax
E-Mail	

2. Angaben zur Maßnahme und den Rahmenbedingungen

Hiermit beantrage ich gemäß § 16 d SGB II die Förderung einer Maßnahme zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung.
Anzahl der Arbeitsgelegenheiten: Anzahl der Teilnehmenden: Laufzeit der Arbeitsgelegenheit: Vom _____ bis _____ Kurzbezeichnung der Arbeitsgelegenheit:

Sind Sie als Maßnahmeträger der AGH zur Ausführung dieser Tätigkeiten gesetzlich oder anderweitig verpflichtet?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
---	---

Von wem wurde diese Tätigkeit bisher ausgeführt?	
--	--

Wurden bei Ihnen in der Vergangenheit (in den vergangenen 10 Jahren) im hier beschriebenen Bereich sozialversicherungspflichtige oder geringfügige Arbeitsplätze abgebaut?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
--	---



<p>Ist im hier beschriebenen Bereich in den kommenden 12 Monaten ein Arbeitsplatzabbau geplant? Wenn ja, bitte begründen.</p>	<p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>
<p>Inhaltliche Beschreibung der Maßnahme sowie Organisations- und Ablaufplan (Auflistung der zeitlichen Abfolge der auszuführenden Arbeiten, wenn nötig Hinweis auf Einsätze bei Schlechtwetterphasen, ausführliche Darstellung aller Maßnahmeinhalte – ggf. als Anlage beifügen)</p>	
<p>Anforderung an die Teilnehmer/Teilnehmerinnen der Maßnahme (z.B. Qualifikation, beruflicher oder persönlicher Hintergrund, Mobilität)</p>	
<p>Welche Fähigkeiten und Fertigkeiten werden den Teilnehmern/Teilnehmerinnen der Maßnahme zur besseren Eingliederung auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt? (z.B. handwerkliche Fähigkeiten, Schlüsselqualifikationen, berufsbezogene Fertigkeiten)</p>	
<p>Welche arbeitsmarktpolitische Zielstellung wird mit der Maßnahme verfolgt?</p>	
<p>Bitte stellen Sie die Zusätzlichkeit der beantragten Maßnahme dar:</p> <p><u>Hinweis:</u> In entsprechender Anwendung von §16d (2) SGB II sind im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten ausgeführte Arbeiten zusätzlich, wenn sie ohne die Förderung nicht, nicht in diesem Umfang oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden. Arbeiten, die auf Grund einer rechtlichen Verpflichtung durchzuführen sind oder die üblicherweise von juristischen Personen des öffentlichen Rechts durchgeführt werden, sind nur förderungsfähig, wenn sie ohne die Förderung voraussichtlich erst nach 2 Jahren durchgeführt werden.</p>	



Bitte stellen Sie das **öffentliche Interesse** der beantragten Maßnahme dar:

Hinweis:

In entsprechender Anwendung von § 16d (3) SGB II sind die im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten ausgeführten Arbeiten im öffentlichen Interesse, wenn das Arbeitsergebnis der Allgemeinheit dient. Arbeiten, deren Ergebnis überwiegend erwerbswirtschaftlichen Interessen oder den Interessen eines begrenzten Personenkreises dienen, liegen nicht im öffentlichen Interesse. Das Vorliegen des öffentlichen Interesses wird nicht allein dadurch ausgeschlossen, dass das Arbeitsergebnis auch den in der Maßnahme beschäftigten Arbeitnehmern zugute kommt, wenn sichergestellt ist, dass die Arbeiten nicht zu einer Bereicherung Einzelner führen. Die Gemeinnützigkeit eines Maßnahmeträgers alleine ist nicht hinreichend für die Annahme, dass die durchgeführten Arbeiten im öffentlichen Interesse liegen. Arbeiten in gewerblichen Unternehmen dürfen nicht den Interessen einzelner dienen.

Bitte stellen Sie die **Wirtschaftsneutralität** der beantragten Maßnahmen dar: (Bitte fügen Sie dem Antrag ggf. eine Unbedenklichkeitserklärung der entsprechenden Kammern und Verbänden bei)

Hinweis:

Im Zusammenhang mit der Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten dürfen gem. §16d (4) SGBII bestehenden Unternehmen am Markt für Güter und Dienstleistungen keine Wettbewerbsnachteile entstehen. Arbeitsgelegenheiten dürfen reguläre Beschäftigung nicht verdrängen oder beeinträchtigen. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze darf nicht gefährdet oder verhindert werden. Jede Form der Wiederbesetzung von vorübergehend oder dauerhaft frei werdenden Arbeitsplätzen durch Teilnehmer aus Arbeitsgelegenheiten ist unzulässig. Dies gilt auch für Vertretungen aller Art (z. B. Mutterschutz, Urlaubs- oder Krankheitsvertretung, Streiks).



Einsatzort der Teilnehmenden? (genaue Bezeichnung der Einsatzstellen und Anschrift, ggf. Kennzeichnung der Einsatzstellen in Standortkarten, die dem Antrag beizufügen sind)	Name d. Einsatzstelle: Anschrift und/oder Kennzeichnungsnummer:
	Name d. Einsatzstelle: Anschrift und/oder Kennzeichnungsnummer:
	Name d. Einsatzstelle: Anschrift und/oder Kennzeichnungsnummer:
	Name d. Einsatzstelle: Anschrift und/oder Kennzeichnungsnummer:
	Name d. Einsatzstelle: Anschrift und/oder Kennzeichnungsnummer:

Wie gestalten sich die Eigentumsverhältnisse von den Gebäuden/Flächen, in und auf denen die Teilnehmer der beantragten Maßnahme eingesetzt werden sollen?	
--	--

Zeitlicher Aufwand: Regelmäßiger Einsatz in Stunden: pro Tag pro Woche pro Monat Wochenendeinsatz? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Arbeitszeit generell: Von Uhr bis Uhr Sonderregelungen zur Arbeitszeit (Wochenende / Feiertag / Veranstaltungs-Regelung etc.) bedürfen der vorherigen Zustimmung durch den Kreis Schleswig-Flensburg!

Wie wird die Betreuung der Teilnehmenden sichergestellt?		
Name, Vorname	Praxisanteil	Anteil der sozialpädagogischen Betreuung

Mehraufwandsentschädigung für Teilnehmer Wir sind bereit, die Auszahlung der Mehraufwandsentschädigung an die Teilnehmer im Auftrag der Grundsicherungsstelle vorzunehmen. <u>Hinweis:</u> Die Höhe der Mehraufwandsentschädigung wird von der Grundsicherungsstelle festgelegt.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
---	---



3. dem Antrag beizufügende Unterlagen/ Nachweise

1. Nachweis der Unfallversicherung

2. Nachweis der Haftpflichtversicherung

3. Kopie des Freistellungsbescheides des Finanzamtes

4. Die aktuelle Kalkulation der Maßnahmekosten

(Zur Umsetzung der AGH können dem Maßnahmeträger unmittelbar im Zusammenhang mit der Verrichtung der AGH-Tätigkeiten entstehende erforderliche Kosten erstattet werden. Die Kosten sind nachvollziehbar zu belegen (z.B. Verträge, Belege über Anschaffungszeitpunkte, Abrechnung der Versorgungseinrichtungen etc., Kaufbelege, Kostenvoranschläge) und dann nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auf Übernahme hin durch das Jobcenter des Kreises Schleswig-Flensburg zu prüfen)

5. Verfügt Ihre Einrichtung über eine Mitarbeitervertretung (MAV)? ja nein
wenn „ja“ ist die Zustimmung der MAV zur Einrichtung der AGH ebenfalls einzureichen

4. Eigenerklärung

Ich stelle sicher, dass

- es keine inhaltlichen oder zeitlichen Überschneidungen mit anderen Maßnahmen des geförderten Beschäftigungsmarktes gibt, die beim Jobcenter Schleswig-Flensburg oder der Agentur für Arbeit beantragt wurden.
- ausschließlich vom Jobcenter Schleswig-Flensburg zugewiesene Arbeitnehmer (Arbeitslosengeld II-Empfänger) im Rahmen der beantragten Arbeitsgelegenheiten beschäftigt werden.
- die Teilnehmenden der AGH nur im notwendigen Umfang und ausschließlich für die in der mit dem Jobcenter des Kreises Schleswig-Flensburg abzuschließende Leistungsvereinbarung zur Regelung der Zusammenarbeit zur Durchführung einer Arbeitsgelegenheit vereinbarten Tätigkeit eingesetzt werden dürfen.
- die vollständige Besetzung der Arbeitsgelegenheiten mit Arbeitslosengeld II-Empfängern unverzüglich erfolgt und freiwerdende Arbeitsgelegenheiten dem Jobcenter Schleswig-Flensburg sofort zur Wiederbesetzung gemeldet werden.
- die Sachkostenpauschale zur Deckung der entstehenden Kosten eingesetzt wird, (z. B. Arbeitsschutzbekleidung, Gesundheitspässe, Dokumentation/Organisation), und alle Leistungen abdeckt, die zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Maßnahme erforderlich sind. Die Zuwendung umfasst insbesondere die Personalkosten, Betreuungskosten, Kosten für Arbeitsbekleidung/Arbeitsschutz, Kosten der Unfallversicherung sowie sämtliche sonstige Sachkosten des Trägers. Mit dieser Trägerpauschale sind sämtliche, im Zusammenhang mit der Durchführung des Projektes verbundenen Kosten abgegolten.
- die Vorschriften des Arbeitsschutzes erfüllt werden.
- Die Vorschriften des Arbeitsschutzes und des Bundesurlaubgesetzes, mit Ausnahme der Vorschriften über das Urlaubsentgelt, eingehalten werden und sich hieraus keine Rechtsansprüche gegenüber dem Kreis Schleswig-Flensburg ergeben.
- Den Teilnehmenden die erforderliche Arbeitskleidung zur Verfügung gestellt wird.
- die Vorschriften des Datenschutzes im Umgang mit Teilnehmerdaten erfüllt werden.
- die Teilnehmer bei Wege- und Arbeitsunfällen abgesichert sind.
- förderrelevante Änderungen unverzüglich mitgeteilt werden.
bei einem Bewilligungszeitraum von 12 Monaten nach 6 Monaten ein Zwischenbericht zur Gesamtmaßnahme beim Jobcenter Schleswig-Flensburg unaufgefordert vorgelegt wird, in dem die Leistung, Inanspruchnahme der geförderten Einrichtungen, umgesetztes Tätigkeitsfeld und die Förderung der eingesetzten Teilnehmer beschrieben werden.
- bis spätestens 1 Woche nach Beendigung der Maßnahme ein Maßnahmebericht vorgelegt wird, in dem die Leistung, Inanspruchnahme der geförderten Einrichtung, umgesetztes Tätigkeitsfeld und die Förderung der eingesetzten Teilnehmer beschrieben werden.
- spätestens 2 Wochen nach Beendigung der individuellen Verweildauer des Teilnehmers, wird ohne weitere Aufforderung ein individueller Teilnehmerabschlussbericht vorgelegt. Hierfür ist der Vordruck des Jobcenter Schleswig-Flensburg zu verwenden.
- ich die Anwesenheitszeiten der Teilnehmenden täglich kontrolliere und dass diese auf einer Stundenkarte erfasst werden.
- die Maßnahme zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten gemeinnützig, zusätzlich, arbeitsmarktpolitisch, zweckmäßig und hinreichend bestimmt ist. (Als gemeinnützig gelten Arbeitsgelegenheiten, die unmittelbar den Interessen der Allgemeinheit dienen. Die Arbeiten dürfen nicht privaten, erwerbswirtschaftlichen Zwecken dienen.)
- die Durchführung der Arbeitsgelegenheit nicht zu Lasten von Organisations- und Stellenplänen, Pflege- und Betreuungsschlüsseln etc. geht und nicht die Besetzung freier Stellen verhindert.
- eine Wettbewerbsverzerrung auf dem Waren- und Dienstleistungsmarkt ausgeschlossen wird.
- alle Genehmigungen des öffentlichen Rechts, die für die Durchführung der Maßnahme notwendig sind, spätestens 4 Wochen vor geplantem Beginn der Maßnahme vorliegen.
- alle Veränderungen der Tätigkeiten im Vorfeld vom Jobcenter des Kreises Schleswig-Flensburg abgestimmt und genehmigt sind.



- das Jobcenter des Kreises Schleswig-Flensburg jederzeit vom seinem Recht der Maßnahmeprüfung gebrauch machen kann und ihm der Zugang zu sämtlichen Einsatzplätzen und Maßnahmerelevanten Räumlichkeiten gewährt wird. Weiter stelle ich sicher, dass ich mich als Maßnahmeträger gemäß der gesetzlich zustehenden Prüfungsrechte verpflichte, alle für eine Prüfung erforderlichen Auskünfte zu erteilen und alle die Beauftragung berührenden Unterlagen vorzulegen sowie sämtliche Unterlagen zum Zwecke der Prüfung zehn Jahre nach Ende der Maßnahme aufzubewahren.
- ich eigenmächtige Veröffentlichungen zu den beantragten Projekten nicht durchführen werde.
- die Finanzierung der Maßnahme abgesichert ist.

Mir ist bekannt, dass der Kreis Schleswig-Flensburg keine Haftung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden übernimmt, die im Zusammenhang mit der Durchführung der AGH entstehen.

Mir ist bekannt, dass dieser Antrag auch daraufhin geprüft wird, ob die Maßnahme hinsichtlich der Fördermaßnahmen nach dem SGB II in das Gesamtkonzept des Kreises Schleswig-Flensburg passt, und somit auch bei Erfüllung aller gesetzlichen Voraussetzungen kein Anspruch auf Einrichtung einer Arbeitsgelegenheit bei einem Maßnahmeträger besteht.

Ich/wir versichern unsere finanzielle Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit sowie die maßnahmegerechte und angemessene Ausstattung hinsichtlich der personellen, sachlichen und räumlichen Infrastruktur.

Ich bin darüber informiert, dass die Auszahlung der Fördermittel gemäß § 337 Abs. 2 SGB III in monatlichen Abständen nachträglich erfolgt. Mir ist bekannt, dass bewilligte Maßnahmen bei Verstoß gegen die Rahmenbedingungen nach § 47 Abs. 1 SGB X widerrufen werden können.

5. rechtliche Vorschriften

- Dem Antragsteller sind im Antragsvordruck oder in anderer Weise im Zusammenhang mit dem Antrag die Tatsachen als subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB zu bezeichnen (§ 2 Abs. 1 Subventionsgesetz – SubvG), die nach
 - dem Zuwendungszweck,
 - diesen Verwaltungsvorschriften und den Nebenbestimmungen zum Zuwendungsbescheid,
 - besonderen Verwaltungsvorschriften, Richtlinien oder sonstigen Zuwendungsvoraussetzungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung von Bedeutung sind. Der Antragsteller ist auf die Strafbarkeit des Subventionsbetruges nach § 264 StGB hingewiesen.
- Zu den Tatsachen gehören insbesondere solche,
 - die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind,
 - die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnung, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans, etwaiger Übersichten und Überleitungsrechnungen oder sonstiger dem Antrag beizufügenden Unterlagen sind,
 - von denen nach Verwaltungsverfahrenrecht (insbesondere §§ 48, 49, 49a VwVfG) oder anderen Rechtsvorschriften die Erstattung der Zuwendung abhängig ist,
 - die sich auf die Art und Weise der Verwendung eines aus der Zuwendung beschafften Gegenstandes beziehen (§ 3 Abs. 2 SubvG)
- Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).
- Der Antragsteller hat in dem Antrag oder in anderer Weise vor der Bewilligung zu versichern, dass ihm die Tatsachen der unter dem Absatz Rechtsvorschriften genannten Punkte als subventionserheblich und die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt sind.

6. Ergänzende Hinweise

- Die Schaffung einer solchen Arbeitsgelegenheit erfolgt im Rahmen einer vom Jobcenter Schleswig-Flensburg auf der Basis eines Förderantrages gegenüber einem Träger ausgesprochenen, rechtsmittelfähigen Bewilligung einer individuellen pauschalen Förderleistung, ist also die Gewährung einer Sozialleistung per Verwaltungsakt oder im Rahmen einer gemeinsam abgeschlossenen Leistungsvereinbarung.
- Die Schaffung der Arbeitsgelegenheiten sowie die Planung, Betreuung, Beschäftigung und Abrechnung aller Teilnehmer und Durchführung des Arbeitseinsatzes obliegt dem Träger der Einsatzstelle.
- Ansprechpartner für die Durchführung und Abrechnung der Maßnahme ist der als Regieträger Unterzeichnende.



Ich versichere die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben. Den Inhalt dieses Förderantrages habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum, Name, Unterschrift und Stempel
des **Regieträgers**

Hinweis:

Sollten weitere Träger (als Einsatzstellen) an der Durchführung der AGH beteiligt sein, muss jeder dieser Träger die Vollständigkeit und Richtigkeit des Förderantrages durch Unterschrift bestätigen. Weiter muss in diesem Fall für jede Einsatzstelle das Formular „Vollmachtserteilung der Einsatzstelle“ ausgefüllt und dem „Antrag zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II“ beigefügt werden.

Ich versichere die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben. Den Inhalt dieses Förderantrages habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum, Name, Unterschrift und Stempel
der **Einsatzstelle**

Ich versichere die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben. Den Inhalt dieses Förderantrages habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum, Name, Unterschrift und Stempel
der **Einsatzstelle**

Ich versichere die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben. Den Inhalt dieses Förderantrages habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum, Name, Unterschrift und Stempel
der **Einsatzstelle**